

In dieser Ausgabe: Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen | Beschluss des Koalitionsausschusses | Wieder ein Schritt zu mehr Gleichberechtigung | Besuch aus Essen | Praktikum in Berlin | Juttas Woche in Essen



Sehr geehrte
Damen und Herren,
liebe Freunde,

der Wahlsieg vom vergangenen Wochenende ist ein guter Auftakt für uns ins Wahljahr. Ich beglückwünsche die CDU im Saarland mit Annegret Kramp-Karrenbauer an der Spitze zu ihrem eindrucksvollen Ergebnis. Das Wahlergebnis ist nicht nur Beleg für eine gute Ministerpräsidentin, sondern es zeigt, dass die meisten Bürger einer stabilen, sicheren Regierung eher zutrauen, die Zukunft gut zu gestalten als einem rot-roten Experiment. Es sind von nun an noch rund sechs Monate bis zur Bundestagswahl, das ist ein langer Zeitraum. Daher haben die Spitzen der Koalition im Koalitionsausschuss geklärt, welche Vorhaben wir noch in den kommenden Monaten umsetzen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Den Beschluss des Koalitionsausschusses sowie weitere Themen, der Sitzungswochen, lesen Sie wie gewohnt auf den folgenden Seiten. Für die kommenden Tage wünsche ich Ihnen und Ihren Familien gesegnete Feiertage und ein paar erholsame Tage.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Abgeordnete für den Wahlkreis Essen II

Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen

In der letzten Sitzungswoche debattierte der Bundestag über das wichtige Thema Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen. Dazu legt die Bundesregierung einmal pro Wahlperiode einen Teilhabebericht vor.

In meiner Plenarrede habe ich den Bericht zum Anlass genommen, um meinen Kolleginnen und Kollegen von dem Essener Wohnprojekt Arche zu berichten. Denn erst vor einigen Tagen bin ich dort gewesen und traf auf einen jungen Mann, den ich bereits vor einem halben Jahr kennengelernt hatte. Die ersten Monate in der Arche hatten dem jungen Mann sichtlich gut getan, er ist sehr viel aufgeschlossener und geht nun offen auf andere Menschen zu.

Meinen Kollegen im Bundestag habe ich daher diese eher kleinen Wohnprojekte ans Herz gelegt, die erfolgreich und sehr personenzentriert arbeiten.

Darüber hinaus konnte ich auch deutlich machen, dass wir auch beim The-

ma Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen zwar den ersten Arbeitsmarkt weiter geöffnet sehen wollen. Das haben wir mit dem neu eingeführten Budget für Arbeit auch auf den Weg gebracht. Aber auch die Arbeitsplätze in Werkstätten für Menschen in Behinderungen sind für etliche Menschen der geeignete Raum, ein Schonraum, in dem Bestätigung und Teilhabe ermöglicht wird.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten viel dazugelernt und wir haben auch gerade in den letzten Jahren viel erreicht, um Menschen mit Behinderungen eine verbesserte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Allein in dieser Wahlperiode haben wir durch das weiterentwickelte Behindertengleichstellungsgesetz und das neue Bundes-teilhabe-gesetz zwei sehr wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Weitere Informationen zur Rede finden Sie in der Mediathek des Deutschen Bundestages und www.bundestag.de.

Ich wünsche
Ihnen
Frohe
Ostern!



Terminvorschau

10. Mai 2017

18:30 Uhr

Gesprächsrunde mit
Hildegard Müller

20:00 Uhr

Veranstaltung mit dem
Bundesinnenminister
Dr. Thomas de Maizière

Weitere Informationen unter
www.JuttaEckenbach.de



Beschluss des Koalitionsausschusses vom 29. März 2017 mit einigen Anmerkungen

Der Koalitionsausschuss hat folgende Beschlüsse gefasst:

1. Wohnungseinbruch

Der Einbruch in eine dauerhaft genutzte Privatwohnung soll mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bestraft werden. Hierzu gibt es keinen minder schweren Fall. In diesen Fällen soll eine Verkehrsdatenabfrage ermöglicht werden.

2. Kinderehe

Der Koalitionsausschuss bestätigt die Einigung der Koalitionsfraktionen zum Verbot von Kinderehen und den Aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen auf der Basis des vom BMJV vorgelegten Gesetzesentwurfes.

Anm.: Bereits im November letzten Jahres betonte ich, dass Ehen, die aus falsch geleiteten Motiven auf der Flucht geschlossen wurden hier keine Anerkennung finden dürfen. Hier hat sich die CDU/CSU durchgesetzt.

3. Verhinderung missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen

BMI und BMJV werden beauftragt, sich kurzfristig auf einen Gesetzentwurf zu verständigen. Hierbei soll sichergestellt

werden, dass missbräuchliche Vaterschaftsanerkennungen mit dem Ziel, aufenthaltsrechtliche Verbesserungen zu erreichen, verhindert werden.

4. Sozialleistungsbetrug

Zur Aufdeckung von Sozialleistungsbetrug von Asylbewerbern sollen die Sozialbehörden gesetzlich ermächtigt werden

- Zugang zu bekommen zum Kerndatensystem,

- einen Fingerabdruckscan zur Identitätsprüfung einzusetzen.

Anm.: In meinen Gesprächen mit dem Bundesinnenministerium habe ich als Sozialpolitikerin immer wieder auf die Notwendigkeit der Identitätsprüfung in den Sozialbehörden hingewiesen. Ich freue mich, dass dies nun seine Umsetzung finden wird.

5. Familiennachzug

Im Einvernehmen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem BMI wird die Härtefallklausel in § 22 Aufenthaltsgesetz in Einzelfällen unter besonderer Berücksichtigung der Kinderrechtskonvention genutzt.

6. Nationales Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus

Der Koalitionsausschuss beschließt ein nationales Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus. Dafür sind in den Eckwerten für den Bundeshaushalt 2018 weitere 100 Mio. € vorgesehen.

7. Frauen und Kinder in Flüchtlingsunterkünften/ Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Der Koalitionsausschuss beschließt, folgende Regelungen in die geplante Änderung des SGB VIII aufzunehmen:

- bundesgesetzliche Regelungen zu Schutzkonzepten für Frauen/ Kinder in Flüchtlingsunterkünften,

- Steuerungsmöglichkeiten der Länder bezüglich der Kosten von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

8. Eckpunkte Kindergeld/ EU

Der Koalitionsausschuss verständigt sich auf Eckpunkte zur Anpassung kindergeldrechtlicher Regelungen für im EU-Ausland lebende Kinder von Personen, die in Deutschland beschäftigt sind. Die gesetzliche Umsetzung erfolgt, sobald die erforderlichen Voraussetzungen im EU-Recht geschaffen sind.

9. Änderung DRK-Gesetz

Der Koalitionsausschuss einigt sich darauf, für Rot-Kreuz-Schwester im DRK-Gesetz eine Ausnahme von der Höchstüberlassungsdauer nach dem AÜG zu verankern.

Anm.: Gerade für Essen ist das ein gutes Ergebnis. Damit werden die Forderungen des DRKs und der DRK-Schwesterenschaft Essen erfüllt worden.

10. Bildungs- und Wissenschaftsschranke

Der Koalitionsausschuss hat sich darauf verständigt, zeitnah eine Regelung zur Einführung einer Bildungs- und Wissenschaftsschranke im Urheberrecht zu beschließen.

11. Bund-Länder-Finzen

Wir bekräftigen den Beschluss der MPK vom 8.12.2016. Bei der Gründung der Bundesfernstraßengesellschaft wird es keine Versetzung von Beschäftigten gegen ihren Willen geben. Für die Überleitung der Beschäftigten werden Überleitungstarifverträge angestrebt.

Anm.: Damit wird es keine Privatisierungen auf den Bundesfernstraße geben.



Wieder ein Schritt zu mehr Gleichberechtigung

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag das Entgelttransparenzgesetz verabschiedet.

Das Entgelttransparenzgesetz ist nicht nur eine Weichenstellung auf dem Weg zur Lohngerechtigkeit, sondern ein konkreter Schritt zu mehr Gleichberechtigung in Deutschland. Der gefundene gesetzliche Kompromiss ist ein Gewinn für Frauen. Die Lohnlücke soll zukünftig der Vergangenheit angehören. Seit 2010 hat die Frauen Union nicht locker gelassen und sich massiv für eine gesetzliche Regelung zur Lohngerechtigkeit eingesetzt. Freiwillige Selbstvereinbarungen waren keine Lösung. Wir brauchen mehr Transparenz, denn die nachgewiesene Lohnlücke von

Frauen wird im Alter zur Rentenlücke. Zunehmend mehr Frauen sind im Alter nicht mehr über ihren Ehepartner oder eine Witwenrente abgesichert. Eine eigenständige Altersvorsorge von Frauen wird immer wichtiger. Lohngleichheit ist ein entscheidender Beitrag dazu.

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung, das ElterngeldPlus oder das Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an Führungspositionen sind Beispiele für Maßnahmen, die von der unionsgeführten Bundesregierung bereits umgesetzt wurden. Nun sind die Arbeitgeber, die Gewerkschaften und die Betriebsräte in der Verantwortung.

Besuch aus Essen

Am Montag vergangener Sitzungswoche begrüßte ich wieder einmal sehr herzlich 50 Bürgerinnen und Bürger aus Essen. Sie folgten meiner Einladung nach Berlin und nahmen sich eine Auszeit von Job und Ehrenamt.

Bei Besuchen und Gesprächen im Bundestag und verschiedenen Ministerien schnupperten sie hinter die Kulissen des politischen Berlins.



Praktikum in Berlin

Liebe Leserinnen und Leser,

ich habe vom 27. März bis zum 31. März mein Schulpraktikum bei Frau Eckenbach gemacht.

Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich positiv überrascht wurde als ich hier angefangen habe am Montag Morgen. Die Mitarbeiterinnen hier sind alle sehr nett und freundlich zu mir. Ich durfte in kurzer Zeit sehr viel sehen, unter anderem auch unsere Bundeskanzlerin persönlich. Dies war natürlich das absolute Highlight der Woche, obwohl die Ausschüsse, Besprechungen und Kongresse ebenfalls interessant und informativ waren. Doch muss ich gestehen, dass

der Ausschuss am Mittwoch, 29. März, sehr langweilig und anstrengend für mich war, da unter anderem die Sitzmöglichkeiten in dem Zuschauersaal sehr eng und ungemütlich waren, dazu war es für mich schwer zu folgen.

Allerdings würde ich jederzeit wieder hier



ein Praktikum machen wollen, denn es hat mir sehr gut gefallen, auch wenn die Gänge und Wege etwas verwirrend sind am Anfang, und ich bin schon sehr gespannt auf meine zweite Praktikumswoche in Essen und was ich dort wohl erleben und lernen werde.

Auf jeden Fall habe ich hier schon eine Menge neue Sachen gelernt, die ich noch nicht wusste und habe auch viel eigenständig gemacht, was ich vorher nicht erwartet hatte.

Abschließend möchte ich gerne sagen, dass ich sehr froh bin mein Praktikum hier machen zu dürfen und Jederzeit wieder gerne machen würde.

Amelie Könemann,
15-jährige Schüler-
praktikantin aus Essen, NRW



Juttas Woche in Essen (Montag, 13.03. bis Sonntag, 19.03.)

Meine Woche in Essen begann unter anderem mit einem sog. Kamingespräch auf Einladung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (Diözesanverband Essen). Zusammen mit weiteren

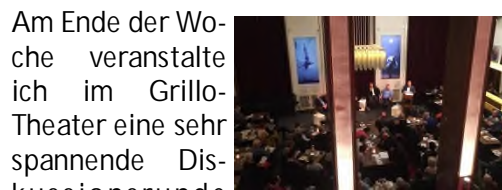


Vertretern der Essener Politik diskutierten wir mit den Jugendlichen über die aktuellen Fragen der Integration, der Berufsausbildung und der weiteren Zukunft.

Am Mittwoch übernahm ich die Begrüßung mit einem Impulsvortrag zur Tagung des Ringes der Arbeitsmarktdienstleister. Als Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales ist es sehr interessant, die aktuelle Arbeitsmarktpolitik auch aus der Sicht der Zeitarbeitsfirmen zu erfahren.

Am Donnerstag folgten über 30 Bürgerinnen und Bürger meiner Einladung zur Besichtigung des im Bau befindlichen Messegeländes. Es war eine sehr interessante Möglichkeit einmal hinter die Kulissen zu schauen.

Am Ende der Woche veranstaltete ich im Grillo-Theater eine sehr spannende Diskussionsrunde zur Willensbeeinflussung und Radikalisierung. Unter dem Titel „In Gottes Namen - Radikalisierung im Glauben“ kamen ca. 100 Gäste. Sie diskutierten über das Spannungsverhältnis von Integri-



on, Glauben und Meinungsbildung. Im Anschluss präsentierte das Theater die Aufführung „Das Prinzip Jago“, welche ich nur empfehlen kann. Bereits am frühen Samstagvormittag

folgte ich dem Aufruf der Stadt zum „SauberZauber“ und half den zahlreichen Helfern bei der Beseitigung von Müll und Dreck auf der Straße.

Am Sonntag diskutierte ich mit den Teilnehmern der Altenessen-Konferenz zu Sicherheitsfragen in unserer Stadt. „Wie kann Kriminalität beseitigt werden?“, „Was kann die Stadt tun, was kann ein



jeder aber auch selbst tun?“ diese weitere Fragen wurden diskutiert. In der Sitzungswoche selbst eilte ich am Dienstagabend noch einmal schnell von Berlin

nach Essen, da es mir ein großes Anliegen war, bei der Verabschiedung von Matthias Peininger, jahrelanger Direktor des GOP, dabei zu sein. Mit seinem Engagement hat er viel für uns im Essener Norden getan. Zwischen den Sitzungswochen konnte ich mir einen Besuch beim Kamingespräch der Initiative Kray nicht entgehen lassen.

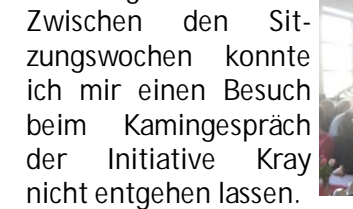
Am Sonntag diskutierte ich mit den Teilnehmern der Altenessen-Konferenz zu Sicherheitsfragen in unserer Stadt. „Wie kann Kriminalität beseitigt werden?“, „Was kann die Stadt tun, was kann ein

jeder aber auch selbst tun?“ diese weitere Fragen wurden diskutiert. In der Sitzungswoche selbst eilte ich am Dienstagabend noch einmal schnell von Berlin

nach Essen, da es mir ein großes Anliegen war, bei der Verabschiedung von Matthias Peininger, jahrelanger Direktor des GOP, dabei zu sein. Mit seinem Engagement hat er viel für uns im Essener Norden getan. Zwischen den Sitzungswochen konnte ich mir einen Besuch beim Kamingespräch der Initiative Kray nicht entgehen lassen.



Zwischen den Sitzungswochen konnte ich mir einen Besuch beim Kamingespräch der Initiative Kray nicht entgehen lassen.



Kontakt

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 227-72567
Fax 030 227-76569

Büro Essen

Blücherstraße 1
45141 Essen

Tel. 0201 80 67 38 68
Fax 0201 80 6738 70

www.JuttaEckenbach.de

www.facebook.com/JuttaEckenbachMdB

jutta.eckenbach@bundestag.de